

*Schriftenreihe  
zur Geschichte der  
Weißenseer Kleingartenbewegung*

**Informationen Dokumente Analysen**

**Teil 4**

**Weißenseer Kleingärtner  
im 3. Reich**

Bezirksverband der Kleingärtner Berlin-Weißensee e.V.

Arbeitsgruppe "Weißenseer Kleingärtnertradition"



## **Rundschreiben über Gleichschaltung**

Wie in allen Ländern, Kreisen und Städten Deutschlands, hielt auch in Berlin-Weißensee der Nationalsozialismus in der Kleingartenbewegung Einzug mit einem Rundschreiben des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, welches der Hauptvorstand am 6. Mai 1933 unterzeichnete und an alle Landes,- Provinzial- und Regierungsverbände verschickte (siehe Anlage 1). Hauptinhalt dieses Schreibens war die bevorstehende sogenannte „Gleichschaltung“ der Verbände und Vereine. Gleich eingangs wurde im Abschnitt I die Hauptforderung dieses Vorhabens formuliert:

*„Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands, der aus staatlich als gemeinnützigen Vereinen besteht und eine Förderung durch den Staat für sich in Anspruch nimmt, kann auf Fortbestand nur Anspruch erheben, wenn er sich vorbehaltlos in den Dienst des neuen Staates stellt.“*

Als erster Schritt zur Durchsetzung dieses Zieles wurde durch den Reichsarbeitsminister und dem Amt für Agrarpolitik der NSDAP, wie in Abschnitt II erklärt wird, anstelle des bisherigen Hauptvorstandes der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Oberlehrer Karl Freytag, als Vorstand eingesetzt! Der Abschnitt III behandelte dann Punkte, wie sich die neue Regierung und die NSDAP eine Neuordnung des Reichsverbandes und aller Untergliederungen vorstellte. Bei diesem geforderten Umbauprozess wurden folgende Prämissen gesetzt:

- In allen Vereinen und Verbänden sind neue Vorstände zu bilden.
- Zur Erreichung einer straffen Organisation ist ein teilweiser Umbau des Reichsverbandes erforderlich, der sichert, dass eine unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit des Verbandes auf alle Untergliederungen erreicht wird.
- Eine Ergänzung und Änderung aller Vereinssatzungen ist geboten.
- Das Programm des Reichsverbandes bedarf einer sorgfältigen Überprüfung.
- Gleichschaltung und Umbau sind sofort durchzuführen.

Bei einer zügigen Realisierung der Gleichschaltung sollten folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Die einzelnen Vereine beginnen mit der Gleichschaltung.
- Bis spätestens 22. Mai 1933 sind deswegen außerordentliche Mitgliederversammlungen durchzuführen.
- Das Amt für Agrarpolitik der NSDAP hat geeignete Persönlichkeiten bereitzustellen, die bei der Neuwahl der Vereinsvorstände mitwirken.
- Als Vorstände kommen nur Personen in Betracht, „die nach ihrer bisherigen politischen Einstellung und Tätigkeit sichere Gewähr für eine rückhaltlose Unterstützung der Regierung der nationalen Erhebung“ bieten.

- Nicht berücksichtigt werden dürfen solche Personen für Vorstände, die „marxistischen Parteien oder deren Hilfs- und Ersatzorganisationen angehören oder sich in diesen *betätigt haben*“, oder die „*sich in scharfem Gegensatz durch Wort, Schrift oder Handeln zu den Parteien, welche die nationale Regierung tragen, gestellt haben*“ und die *„nicht arischer Abstammung sind“*.
- Die Zahl der Vorstandsmitglieder ist so niedrig als möglich zu halten.
- Den festgelegten außerordentlichen Mitgliederversammlungen sind Satzungsänderungen vorzulegen. Dem Rundschreiben wurde ein Satzungsentwurf beigefügt.
- Wenn die geforderte Satzungsänderung von der Mitgliederversammlung abgelehnt werden sollte, wird dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt. Das geschieht auch dann, wenn der neugebildete Vorstand des Vereins „als unzulässig im Sinne der allgemeinen Grundsätze über die Gleichschaltung“ eingestuft wird.
- Die Landesverbände haben zu überprüfen, ob in den Ortsverbänden und Vereinen den Grundsätzen des Rundschreibens Rechnung getragen wird.

Liest man all diese Festlegungen und Forderungen des Rundschreibens vom 6. Mai 1933 aufmerksam, so wird klar, dass „Gleichschaltung“ nichts weiter bedeutete, als die völlige und vorbehaltlose Unterordnung unter die selbst ernannte Führungsrolle der NSDAP in Staat und Gesellschaft. Damit einher ging die Beseitigung demokratischer Errungenschaften und Strukturen im Kleingartenwesen, die „personelle Säuberung“ der Vorstände von „feindlichen Elementen“ und die „Gleichschaltung der Gesinnung“ durch organisierte und massive ideologische Aufrüstung.

Die NSDAP schuf mit der Veränderung der Strukturen des Kleingartenwesens gleichzeitig für sich Voraussetzungen, um ihre Möglichkeiten der unmittelbaren Einwirkung allseitig zu verbessern. Durch die zuständigen Leitungen der NSDAP wurden „Vereinsleiter“, „Stadtgruppen-, Provinz- und Landesgruppenführer“ eingesetzt.

In den Protokollbüchern Weißenseer Kleingartenkolonien ist von der Aktion der Gleichschaltung nicht allzu viel nachzulesen. Nur kann festgestellt werden, dass die Herausdrängung und rigorose Absetzung der alten Vorstände nicht immer und überall ganz ohne Widerstände und Probleme ablief. Zumindest wollten viele bisherige Vorstände Erklärungen dafür, warum sie eigentlich abgelöst wurden, obwohl sie bisher in den Vereinen tadellose und aufopferungsvolle ehrenamtliche Arbeit geleistet hatten. Solche Anfragen blieben natürlich durch die Nazis unbeantwortet. Es war vielmehr so, dass Parteigenossen der NSDAP vom Stadtgruppenleiter als Vereinsleiter bestimmt und in den Kolonien ohne

Kommentar eingesetzt wurden (siehe Anlage 2 und 3). Das geschah an den Verein schriftlich unter Nennung des Namens und z.T. unter Hinzufügung der Namen des alten abgesetzten Vorstandes.

In Ausnahmefällen, in denen man anfangs nicht gleich einen Parteigenossen zur Verfügung hatte, holte man über als linientreu bekannte bisherige Vorstandsmitglieder oder Kolonienmitglieder polizeiliche Erkundungen ein (siehe Anlage 4), um sie vorübergehend als Vereinsleiter bestimmen zu können. Dem entsprach nicht die Festschreibung in dem Rundschreiben vom 6. Mai 1933, nachdem die Vereinsvorstände gewählt werden sollten. Sie wurden im Gegensatz dazu vom Stadtgruppenleiter ausgewählt und bestimmt.

### **Gleichschaltung und neue Satzungen**

Diskussionen in den durchzuführenden außerordentlichen Mitgliederversammlungen gab es auch zu den neuen Satzungen, wo zumeist der unveränderte Musterentwurf den Mitgliedern zur Abstimmung vorgelegt wurde. Ein Vergleich von 2 noch existierenden Satzungen Weißenseer Kolonien („Gesundheitsquell“ und „Familiengärten“) beweist, dass nur im Einzelfall ganz geringfügige Zusätze zu einzelnen Paragraphen gemacht wurden (siehe Anlagen 5 und 6). Die zahlreich zu den außerordentlichen Mitgliederversammlungen anwesenden NSDAP-Funktionäre, wozu auch stets der für Weißensee zuständige Gauleiter Lankow in Begleitung des Ortsgruppenführers Wilde gehörten, erläuterten den Mitgliedern die Kernsätze dieser Satzungen, die den Anspruch der NSDAP auf ihre Führungsrolle in Staat und Gesellschaft und auf weltanschaulichem und ideologischem Gebiet begründeten.

Druck wurde dahingehend ausgeübt, dass man betonte, dass ohne Akzeptanz der in den Satzungen verankerten politischen Grundsätze, weder die Satzungen noch der Status der Gemeinnützigkeit eines Vereins weiter anerkannt werden könnten.

Trotz teilweiser Bedenken einzelner Mitglieder zu Formulierungen in dieser Mustersatzung, führten die massiven Drohungen und Einschüchterungen, so weit bekannt, durchgängig zu einstimmigen Annahmen dieser neuen Satzungen in den Kolonien.

Zu den ausgeprägt politisch motivierten und ideologierelevanten Aussagen in der Mustersatzung für die Vereine gehörten folgende Sachverhalte:

1. Die Mitgliedschaft in den Vereinen dürfen nur Reichsdeutsche wahrnehmen, die arischer Abstammung sind.
2. Der Vereinsleiter wurde als alleiniger Vorstand bestimmt.
3. Die Nutzung des Kleingartenlandes ist „im Sinne der Verbundenheit von Blut und Boden“ festgelegt worden

4. Das Kleingartenwesen hat sich nach dem Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ zu entwickeln.

Die Blut- und Bodenideologie ging auf eine angebliche Rassenzugehörigkeit des Menschen zurück. Eine Rasse, so postulierten die Nazis, ist eine Menschengruppe, die gleiche Erbanlagen besitzt. Damit wurde die Aussage getroffen, dass der größte Teil des deutschen Volkes auf die nordische Rasse zurückverfolgt werden kann. Diese zeichne sich besonders durch hervorragende menschliche Eigenschaften, Qualitäten und Werte aus (Tapferkeit, ausgeprägter Gemeinschaftssinn, hohe Sittlichkeit und Religiosität). Die nazistische Ideologie führte die nordische Rasse auf einen bäuerlichen Ursprung zurück, woraus man den Zusammenhang der Reinheit des Blutes (eine Nichtmischung mit fremdvölkischem Blut) in einer Verbindung zum Boden konstruierte.

Das Kleingartenwesen erfuhr mit dieser völlig unwissenschaftlichen Theorie eine Aufwertung, denn diese Ideologie behauptete, dass *„solange der deutsche, der nordische Mensch mit dem Boden verbunden sei, Deutschland leben werde“*. Die Nazis vertraten die Auffassung, dass im Sinne von Blut und Boden und der rassistischen Bevölkerungsgedanken die Arbeit in den Gärten dazu beitragen könnte, die endgültige Loslösung deutscher Familien vom Boden zu verhindern.

Zur These „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ wäre zu sagen, dass der Kleingärtner voll in die geforderte Erziehungsarbeit des Reichsbundes zum bevölkerungs- und ernährungspolitischen Aufbau Deutschlands und in die deutsche Volksgemeinschaft eingegliedert werden sollte. Die Nutzung des Landes in Pacht und Eigentum verpflichtete jeden Volks-genossen ganz besonders und gebe ihm erst nach Erfüllung seiner Pflichten auch Rechte.

### **Gleichschaltung und Musterpachtverträge**

Nicht nur die neuen Satzungen sondern auch die neuen Muster-Pachtverträge, die fortan abgeschlossen wurden, waren nicht ohne politische Zielstellungen des Nationalsozialismus.

So wurde im Unterpachtvertrag der „Provinzgruppe Berlin-Brandenburg und Grenzmark der Kleingärtner e.V. im Reichsbund der Kleingärtner und Kleinsiedler Deutschlands“ in den Paragraphen 10 und 11 folgendes formuliert (siehe dazu auch Anlage 7):

*„§ 10. Der Pächter versichert ausdrücklich, dass er nicht staatsfeindlich eingestellt ist. Sollte ihm eine staatsfeindliche Einstellung nachgewiesen werden, so*

*ist die Verpächterin berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.*

*§11. Der Pächter verpflichtet sich, hinsichtlich der Beflaggung der Laube den Anordnungen des zuständigen Stadtgruppenführers bzw. seines Beauftragten Folge zu leisten.*

### **Aus Protollbüchern Weißenseer Vereine von 1933 bis 1942**

Im Bezirk Weißensee waren bis Ende August 1933 die Fragen der „Gleichschaltung“ mit der Erstellung neuer Satzungen in vollem Gange. Der bisherige Bezirksverband hieß nun Stadtgruppe und der Vorsitzende Stadtgruppenführer. In Weißensee wurde das der Pg. (Parteigenosse) Wermelinger.

Die Umstrukturierung des Kleingartenwesens durch die Nationalsozialisten brachte nicht nur die enge Einbindung in die politischen und ideologischen Zielstellungen der NSDAP mit sich, sondern forderte auch hier und da gewisse finanzielle Opfer. Weil nach der „Gleichschaltung“ des Provinzialverbandes Schulden in Höhe von 20 000 RM vorgefunden wurden, erhob man pro Mitglied eine Umlage von 0,20 RM. Außerdem gab es eine Aufforderung an alle Weißenseer Vereine, je 2 RM an die Stadtgruppe für die Anschaffung der Hakenkreuzfahne zu überweisen.

Als wichtige politische Aktion im Zusammenhang mit der „Gleichschaltung“ betrachteten die Nazis die Weihe der Fahne des Nationalsozialismus zu den Sommerfesten der Vereine im Jahre 1933. In diesem Zusammenhang kam es im Bezirk Weißensee zu einem Eklat, der in ganz Berlin Aufsehen erregte und die Funktionäre der Nazis in Weißensee aufschreckte und die Forderung nach mehr Sicherheit in den Kleingartenanlagen aufkommen ließ.

Was war geschehen? Auf der Kolonie „Wohlfahrt“ in der Nüßlerstraße war es anlässlich der Fahnenweihe zu einem Zwischenfall gekommen. Ein Gartenfreund hatte eine angezogene Puppe mit 2 Hakenkreuzbinden am Fahnenmast hochgezogen. Diesem Mitglied ist sofort wegen staatsfeindlichen Verhaltens gekündigt worden. Nichts bekannt wurde darüber, welche Bestrafungen der Ausgestoßene noch zusätzlich erhalten hat.

Seitens der Stadtgruppe erging nach diesem Vorfall die Anweisung, dass die Fest- und Spielplätze unter Aufsicht zu stellen sind. Da das durchgängig nicht realisiert werden konnte, haben einige Kolonien einfach ihre Vereinsplätze zeitweilig geschlossen. Außerdem wurden alle Weißenseer Vereine angewiesen, dass die Kleingärtnerfahne (grün-weiß-gelb) künftig nicht mehr gehisst werden darf. Wer das dennoch weiter tun sollte, werde als staatsfeindlich gesinnt, mit allen damit verbundenen Konsequenzen, angesehen.

In den Juli-Mitgliederversammlungen der Weißenseer Kolonien wurde die Abschaffung weiterer demokratischer Errungenschaften der Kleingartenbewegung verkündet. Die „Regelung der Jugendpflege“ sei bis zum Kleingärtnerntag in Nürnberg (Juli 1933) zurückgestellt worden und alle vorhandenen Spielgeräte und Musikinstrumente seien der Hitlerjugend zu übereignen. Außerdem wurde die sofortige Auflösung der Kleingartenschiedsgerichte verkündet, da die Vereinsleiter jetzt weitgehendste Vollmachten besitzen würden. Von der Stadtgruppe ist im gleichen Atemzuge die Neuerung bestimmt worden, dass je 20 Parzellen Obmänner festgelegt werden sollen. Nach den Festlegungen der Stadtgruppe haben diese die Aufgabe, den Vereinsleiter zu unterstützen. Sie hätten u.a. darauf zu achten, dass staatsfeindliche Schriften weder gedruckt, vertrieben, noch aufbewahrt werden dürfen.

1934 stellte der bisherige Stadtgruppenleiter von Weißensee, Pg. Wermelinger, sein Amt zur Verfügung. Kommissarisch wurde an seiner Stelle zunächst der Pg. Heim eingesetzt.

An die Vereine erging die Aufforderung, dass die Zusammensetzung der Vorstände auf das Mindestmaß zu reduzieren seien. Ein zweiter Vereinsleiter stehe nur Kolonien zu, die mehr als 300 Mitglieder haben würden.

Zum 01.07.1934 organisierte die Stadtgruppe zum Preis von 1 RM eine Fahrt nach Oranienburg zur Besichtigung der Obstbaumkolonie „Eden“.

Es gab die Orientierung von übergeordneten Leitungen der NSDAP, dass statt der bisherigen Sommerfeste jährlich Erntedankfeste zu organisieren sind. Aus solchem Anlass haben sich stets alle Mitglieder an den Umzügen zu beteiligen. Die Kolonien sind mit der Hakenkreuzfahne zu beflaggen.

Stadtgruppenleiter wurde 1935 der Pg. Melzer.

Ab Mitte des Jahres erging die Anweisung an die Vereine, dass die Zusammenkünfte mehr den Charakter einer Schulung erhalten müssen. Das führte in der Folge dazu, dass zu den Versammlungen der Kolonien stets Nazigrößen von übergeordneten Leitungen anwesend waren und hier politisch argumentierten (so z.B. zur „Judenfrage“, zum Problem der „politischen Wühler“ und zu „Sanierungsfragen“). Zu den politischen Forderungen gehörte auch die Bestimmung, dass solche Versammlungen nicht ohne triftigen Grund verlassen werden dürfen, bevor „der deutsche Gruß auf Führer, Volk und Bewegung“ durch den Vereinsleiter ausgesprochen wurde.

Von der Stadtgruppe sind von nun auch einige Freixemplare des „Stürmers“ zur Verfügung gestellt worden. Die eingesetzten Blockwarte hatten diese Zeitungen von Haus zu Haus weiterzugeben.

Warum die Nationalsozialisten plötzlich der politischen und fachlichen Schulung in den Kleingartenkolonien so große Bedeutung beimaßen, ist unschwer zu verstehen. Vor allen Dingen die Beseitigung bisheriger Errungenschaften im Kleingartenwesen war es (u.a. Vorstände durften nicht mehr gewählt werden, sondern Vereinsleiter wurden eingesetzt; die Mitgliederversammlungen hatten nur noch beratende Funktion, bestimmen und festlegen konnte nur der Vereinsleiter; die Kleingartenschiedsgerichte waren aufgelöst worden), die auch im Weißenseer Kleingartenwesen immer wieder bei vielen Gelegenheiten zu Auseinandersetzungen führte und Unruhen und Aufruhr produzierten. Aus Protokollen geht ebenso hervor, dass der „Vereinsfrieden“ auch ständig durch politisch motivierte Anschuldigungen von Vereinsmitgliedern untereinander getrübt wurde.

Über die Aufgaben und Ziele der politischen und fachlichen Schulung der Kleingärtner referierte der Staatskommissar Gustav Brechteler auf der 1. Führungstagung des Reichsbundes am 29. Oktober 1933 in Rüdersdorf, wo er u.a. folgendes ausführte:

*„Hier handelt es sich um eine gewaltige Verantwortung, eine Million Menschen zu betreuen, in den nationalsozialistischen Staat einzugliedern und sie in erster Linie im nationalsozialistischen Geiste zu erziehen, damit sie wahrhafte Bürger im Staate unseres Führers Adolf Hitler werden. Ich muss darauf bestehen, dass dies streng nach den Richtlinien der Politischen Organisation vor sich geht. Kein anderer hat das Recht, hier ein Wort mitzureden. Es kann Kritik geübt werden auf allen Gebieten, an der Weltanschauung des Nationalsozialismus darf nie und nimmer Kritik geübt werden.“ (siehe dazu: „Der Kleingärtner und Kleinsiedler, Nr. 3 1933/34, S. 9)*

Im Jahre 1935 musste von allen Vereinsmitgliedern der Weißenseer Kleingartenkolonien ein Fragebogen ausgefüllt werden, der die Sanierung der Kleingärten beinhaltete.

Ab 01.07.1935 ist die Zahlung einer Wohnlaubengebühr eingeführt worden. Der Betrag soll von der Verwaltungsbehörde in Absprache mit der Stadtgruppe bestimmt werden. Im Bezirk Weißensee wurden vorerst jährlich 30 RM festgesetzt.

Auch im Jahre 1936 übte der Pg. Melzer im Bezirk Weißensee die Funktion des Stadtgruppenleiters aus.

Ausgehend vom 2. Reichskleingärtner- und Siedlertag in Braunschweig vom Vorjahr (26.07.-28.07.1935), der die volle Einbindung der Kleingärtner in die „Ernährungsschlacht“ beschlossen hatte, gab es ein Rundschreiben, welches aussagte, dass jedwedes Kleingartengelände auf das sorgfältigste auszunutzen ist. Reichlich sollen vor allen Dingen Obst und Gemüse angebaut und geerntet werden. Nur 1/3 der Nutzfläche dürfen mit Kartoffeln bestellt werden.

In den Versammlungen der Vereine brachte Pg. Melzer zum Ausdruck, dass die Sanierung der Kleingartenanlagen viel Arbeit mit sich gebracht hätte. Er werde sich aber auch weiterhin für die Erhaltung der Kleingärten für die bedürftigen Volksgenossen einsetzen, soweit es sich mit dem Sanierungs- und Wirtschaftsprogramm vereinbaren lässt. Desweiteren verwies er auf den Erlass des „Gesetzes zur Ergänzung der Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung“ von 1935, wonach das dauerhafte Wohnen in Lauben verboten ist. Befristetes Bleiberecht hätten nur diejenigen, welche vor dem 01. April 1935 in einer Laube gewohnt haben. Für einen weiteren Zuzug in Lauben müsste er daher auf das schärfste warnen. Wer dagegen verstößt, hat eine Kündigung zu erwarten.

Die Vereine wurden informiert, dass während der Olympischen Spiele die Kolonien zu beflagen sind. Ebenfalls wären die Hecken zu schneiden und alle Gärten in beste Ordnung zu bringen.

In der Zeit vom 19., 20. und 21.09.1936 fand eine Ausstellung der Kleingärtner von Weißensee und Prenzlauer Berg in der Brauerei Friedrichshain statt.

Es gab eine Verfügung des Polizeipräsidenten von Berlin, wonach alle Wege in den Kolonien zu Parkanlagen gehörig erklärt werden. Ab sofort mache sich daher jeder strafbar, der hier beim Rad fahren angetroffen wird.

Der Reichsbund fasste den Beschluss, dass ab 01.01.1937 alle im Kleingartenwesen ehrenamtlich Tätigen eine monatliche Entschädigung erhalten sollen.

1937 war der Pg. Schwanz neuer Stadtgruppenleiter.

In den Jahreshauptversammlungen der Weißenseer Kolonien wertete er den NSDAP-Parteitag von 1936 in Nürnberg aus. (Hitler hatte hier einen Vierjahresplan verkündet, der vorsah, Deutschland auf den Gebieten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln von Importen unabhängig zu machen.)

Schwanz erklärte, dass in dem bevorstehenden 4-Jahresplan und im „Kampf um den Verderb“ die Kleingärtner alles tun müssen, damit auch sie an dem großen Werk teilhaben.

Am 24.04.1937 führte die Stadtgruppe ein Vergnügen in der Stadthalle Weißensee durch.

Vom 13.11. bis 15.11.1937 organisierte die Stadtgruppe eine Kleintierausstellung im „Storchennest“ in Hohenschönhausen.

In einem Rundschreiben teilte die Stadtgruppe den Vereinen mit, dass von Juden bewirtschaftete Lokale nicht mehr besucht werden dürfen. In Weißensee waren das: das Cafe Hoppe in der Langhansstraße und das Lokal von Sens in der Prenzlauer Promenade 177.

Das Jahr 1938 sah zunächst weiterhin den Pg. Schwanz als Stadtgruppenleiter.

Am 20.03.1938 fand ein Kleingärtnertreffen in der Deutschlandhalle statt.

Ein Rundschreiben enthielt die Mitteilung, dass ab 01.04.1939 auch Sozialrentner und Pensionäre keine Wohnlaubengebührermäßigung mehr erhalten.

1938 fand eine Obstbaumzählung in den Kolonien statt.

Ab 01.10.1938 gelangte die Stadtgruppe Weißensee zu Pankow.

Im Protokollbuch der Kolonie „Zur freien Stunde“ finden wir dazu folgende ausführliche Notiz:

*„Mit dem 01.10. erfolgte die Übernahme sämtlicher Weißenseer Kleingartenvereine durch die Stadtgruppe Pankow.*

*In der Stadtgruppensitzung vom 12. Dezember wurde durch Beschluss sämtlicher Weißenseer Vereinsleiter die Stadtgruppe Weißensee aufgelöst. Zum Liquidator wurden durch den Stadtgruppenleiter von Pankow Pg. Stadtrat Ahmels und der Geschäftsführer der Stadtgruppe Pankow, Pg. Geiger bestellt.*

*Die Stadtgruppe Pankow wird am 31.12. aufgelöst.*

*Mit Wirkung vom 1. Januar 1939 ab tragen beide ehemaligen Stadtgruppen den Namen, Nordost“ (siehe dazu Anlage 8).*

Ab 01.01.1939 existierte die Stadtgruppe „Nordost“. Kommissarischer Stadtgruppenleiter wurde der Pg. Geiger.

1939 war das Jahr des 4. Kleingärtnertages in Wien. (28.06.-02.07.1939)  
Aus diesem Anlass fand am 18.06.1939 auf dem Gelände der Rennbahn Weißensee ein großer Fahnenaufmarsch sämtlicher Vereine von Groß-Berlin statt.

Während auf höchster Ebene der Kleingartenbewegung mit der Gründung des „Reichsbundes der Kleingärtner“ im Jahre 1938 eine Dezentralisierung vollzogen wurde (der „Hauptverband Deutscher Reichsbahnkleinwirte“ und der „Deutsche Siedlerbund“ verselbständigten sich), gab es auf der unteren Ebene Zentralisierungen.

Neben der Bildung der Stadtgruppe „Nordost“ aus den Stadtgruppen Weißensee und Pankow, gab es auch die Zusammenlegung vieler Weißenseer Vereine. So z.B. entstand am 01.06.39 aus den Kolonien „Kurmark“ und „Gesundheitsquell“ der Verein „Karlsbad“. Am 01.07.39 wurden die Kolonien „Sonnen-schein“ und „Zur freien Stunde“ zum Verein „Steiermark“ zusammengeschlossen.

Aus den Vereinen „Grüne Wiese“ und „Helgoland“ entstand „Westfalen“ und die Kolonien „Feuchter Winkel“, „Dreieck Nord“ und „Nordland“ wurden zur „Vereinsgruppe Sachsen“.

Die neuen Namen der Kolonien wurden einzig und allein von der Stadtgruppe bestimmt. Der Versuch der Kolonie „Zur freien Stunde“ den Zusammenschluss mit „Sonnen-schein“ mit den Namen „Georg Preiser“ oder „Daheim“ zu benennen, ist so z.B. ohne Begründung abgelehnt worden.

Angeblich sollte mit den Zusammenschlüssen, sie betrafen in der Regel Kolonien mit weniger als 100 Mitgliedern, die Effektivität der politischen und fachlichen Arbeit zwischen der Stadtgruppe und den Kolonien erhöht werden. Tatsache war jedoch auch, dass immer mehr Gartenfreunde zum Heeresdienst eingezogen wurden, was die bisher bewährten Leitungen in den Vereinen erheblich reduzierte und schwächte.

In den betroffenen Kolonien führte diese Maßnahme teilweise zu vielen Diskussionen und Unruhen, weil man sich durch den Einsatz neuer und teilweise sogar unbekannter Vereinsführer nicht mehr richtig vertreten fühlte. Die Berufung z.T. unbekannter Pg. in Führungsfunktionen der Vereinszusammenschlüsse schuf so viel Widerwillen, Unzufriedenheit und Pessimismus, da man gleichzeitig eine Stagnation der eigenen Vereinsarbeit befürchtete.

Mit der Umstrukturierung des Kleingartenwesens ganz oben und auf der unteren Ebene, waren die Vereine gezwungen, wiederum neue Satzungen zu erarbeiten, die der neu eingetretenen Situation Rechnung trugen. Eine solche neu erarbeitete Satzung aus dieser Zeit liegt uns heute noch vom Kleingartenverein „Gruppe Familiengärten Heinersdorf“ vor (siehe dazu die Anlage 9).

Diese neuerstellten Satzungen unterschieden sich hinsichtlich ihrer grundsätzlichen Ausführungen und in der Ausführlichkeit der Festschreibungen von denen, wie sie 1933/34 als Mustersatzungen von den einzelnen Vereinen verabschiedet worden waren.

Sie orientierten sich auf die inzwischen veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, was bedeutete, dass sie Inhalte inzwischen verabschiedeter ideologischer und wirtschaftlicher Vorgaben der Nazi-Partei aber auch neuer Festlegungen im Kleingartenrecht in die neuen Satzungen einarbeiteten. So wurde z.B. zu den Aufgaben eines Kleingärtnervereins jetzt ausgeführt, dass es gilt die „Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes erkämpfen zu helfen“ und in Kreisen der Kleingärtner das „deutsche Volks- und Brauchtum zu pflegen“ ist. Auffallend bei der neuen Satzung ist auch, dass unter § 2 (Zweck und Aufgabe) auf die bisher enthaltenen propagandistischen Floskeln der Nazis von der „Verbundenheit von Blut und Boden als Grundlage für Staat und Volk“ und den Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ganz und gar verzichtet wurde. Stattdessen ist formuliert, dass der Kleingartenverein „im engsten Zusammenwirken mit den örtlichen Dienststellen der Partei, der staatlichen Verwaltungsbehörden und der Gemeindeverwaltungen (Ortsbauernführer) das deutsche Kleingartenwesen in jeder Weise fördern“ will. Der Gedanke der Kleingartenbewegung „und die Erkenntnis ihrer staatspolitischen und insbesondere sozialpolitischen Bedeutung“ sei „durch Wort und Tat zu vertreten und zu lösen“.

Der § 3 (Mitgliedschaft) verzichtet auf die bisherige drastische Aussage des Mustervertrages, dass nur „Reichsdeutsche arischer Abstammung“ Mitglieder werden dürfen. Das heißt wohl nicht, dass auf diesen Grundsatz total verzichtet wurde. Vielmehr ist diese Aussage jetzt eleganter, undurchsichtiger formuliert worden. Es heißt: „Mitglied ... kann jeder Reichsbürger sein“,.... „die Mitgliedschaft ist nicht auf einen bestimmten Personenkreis beschränkt,“ ... „über die Aufnahme entscheidet der Vereinsleiter“.

Als Pflicht wird jedem Mitglied nun auferlegt, dass es „an den fachlichen Schulungsabenden und den sonstigen Pflichtveranstaltungen des Vereins“ teilnimmt. Auch der Passus bezüglich Kündigung bei „staatsfeindlicher Gesinnung“ eines Kleingärtners, wie es in der vorherigen Satzung stand, wurde umformuliert und hieß nun: „wenn er gegen ... die Interessen des Bundes und des Staates verstößt.“

In der neuen Satzung vom Jahre 1939 wurde außerdem nun ein Beirat kreiert, der dem Vereinsleiter unterstützen und beraten sollte und auf 2 Jahre zu berufen ist. Was unterscheidet die neue Satzung von 1939 außerdem noch zu der von 1934?

1. Einen Verweis auf die gemeinnützige Arbeit im Sinne der „Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung“ vom 31.07.1919 gibt es nicht mehr.
2. Eine Festschreibung der Kinder- und Jugendpflege im Sinne Dr. Schrebers ist fallen gelassen worden.
3. Ausschlüsse aus dem Verein sind jetzt vom Vereinsführer schriftlich zu begründen.
4. Es wurde die bisher angewandte Formulierung vermieden, dass der Vereinsleiter „auf unbestimmte Zeit“ berufen worden ist.

Mit der Auslösung des 2. Weltkrieges durch Hitlerdeutschland am 01.09.1939 durch den Überfall auf Polen wurden bereits bis Ende des Jahres verstärkt Kleingärtner zum Heeresdienst eingezogen.

Die 1. Lazarettspende in den Vereinen wurde fällig.

In der Stadtgruppensitzung vom 15.11.1939 wurde nochmals mit Nachdruck darauf verwiesen, dass ein Neuzug in die Kolonien verboten ist.

Infolge des begonnenen Krieges änderten nun einige Vereinsleiter auch die beschwörende Formel, die zum Ende jeder Mitgliederversammlung zelebriert wurde. So beispielsweise hieß sie nun in der Kolonie „Zur freien Stunde“: „Wir beenden die Versammlung mit einem dreifachen Heil auf unseren Führer und das Vaterland und unser siegreiches Heer!“

Bereits Ende 1939 wurde für Lebensmittel und Gebrauchsgüter ein umfassendes Rationierungssystem durch den nationalsozialistischen Staat beschlossen. Das Jahr 1940 konzentrierte sich im Kleingartenwesen auch folglich auf die Steigerung der Produktion von Obst und Gemüse.

In den Vereinen wurden Obst- und Gemüsesammlungen für Bedürftige und soziale Einrichtungen durchgeführt.

Am 21. März 1940 hatte Rudolf Hess eine „Brach- und Gabelandaktion“ ins Leben gerufen, die ihr Vorbild in den „Kriegsgemüselandnahmen“ des 1. Weltkrieges hatte. Auf Anweisung der Stadtgruppe „Nordost“ sollten sich auch die Kleingartenkolonien bemühen, zusätzliches Land für diese Zwecke zu bekommen und Interessenten zur Verfügung stellen.

Vom Bezirksbürgermeister von Weißensee wurde angewiesen, dass Freiflächen in Kleingartenanlagen, wie Fest-, Spiel- und Sportplätze für die Erschließung von Gabeland genutzt werden müssen.

Vom 3. Kriegsjahr an wurden die Eintragungen in den Protokollbüchern der Vereine immer spärlicher bzw. es gab gar keine mehr. Die meisten Männer aus

den Kleingartenanlagen waren im Krieg und eine aktive Vereinsarbeit begann zu erlöschen.

Was staatlicherseits von den Kleingärtnern trotzdem immer wieder eingefordert wurde, war die Erhöhung der kleingärtnerischen Produktion. Die Nationalsozialisten sprachen von „Ernährungsschlacht“ und die Kleingärtner sollten alles ihren Böden abringen, was nur irgendwie möglich war. Außerdem wurde an die Kleingärtner appelliert Material zu sparen, wie in einigen Protokollbüchern nachzulesen ist. In diesem Zusammenhang erging von der Stadtgruppe auch die Aufforderung, dass Holz von gefälltten Obstbäumen abzugeben ist.

Am 30.11.1941 wurde für alle Weißenseer Vereine eine Filmveranstaltung organisiert. Eine Aussage über die Thematik fehlt.

Am 03.08., 31.08. und 28.09.1941 wurden auf Anordnung der Stadtgruppe in den Vereinen Lazarettspenden eingeholt. Außerdem ist zum Verschicken von Feldpostpäckchen und die Füllung von „Erntekörben“ zu Weihnachten aufgerufen worden.

1942 mussten alle Kleingärtner eine Gemüse-, Obst- und Kleintierverwertungstatistik ausfertigen.

Letztmalig wurde unter Herrschaft der Nationalsozialisten am 16.12.1942 eine Jahresabschlussfeier der Stadtgruppe durchgeführt. Anwesend waren der Stadtgruppenleiter Pg. Stadtrat Ahmels und der Reichsbundleiter Pg. Stadtrat Kaiser.

### **Aus Chroniken Weißenseer Vereine zur Periode der Kriege**

**Kolonie „Zur freien Stunde“:**

*„Die Laube auf der Parz. 36 (Friedrich Werner) wurde im Kriege zerstört. Bombenschäden größeren Ausmaßes gab es jedoch nicht. Auf dem Weg vor den Parzellen 21 und 87 gab es jedoch zwei Bombeneinschläge. Im April 1945 wurden 2 Lauben, Parz. 17 (Marta Klein) und Parz. 18 (Frieda Fester), durch Granatsplitter getroffen.“*

**Kolonie „Grüne Wiese“:**

*„Gegen Ende des 1000jährigen Reiches zog der Krieg auch in unsere Anlage ein. Nicht wenige der Laubenbewohner hatten sich in ihren Garten einen Bunker gebaut. Frau Gisela Esch erzählt: Der Bunker war eigentlich nur ein Erdloch mit einer leichten Abdeckung. Er sollte vor allen Dingen gegen Splitter schützen. ... Es war an einem Tag, als die Weißenseer Fleischfabrik in Schutt und Asche ging. Als wir danach in den Garten kamen, war bei Ziemanns, unseren Nachbarn (heute Parzelle 113), ein Riesenkrater. Von der Laube war nichts mehr zu sehen. Auch die anderen Hütten im Umkreis boten ein Bild der Verwüstung. Dächer waren abgedeckt, Sträucher entwurzelt.“*

### **Kolonie „Dreieck Nord“:**

*„Die ersten Bomben fielen 1941, drei 5-Zentner-Bomben im „Feuchten Winkel“ ... Die vier zerstörten Lauben wurden durch Behelfsheime ersetzt (zwei Räume ca. 30 qm). Bei späteren Bombenschäden erfolgte das nicht mehr. In der Frithjofstraße gab es die ersten Toten im Juli 1944. Später wurden in der Rosenstraße durch eine Luftmine mehrere Lauben und Gärten zerstört (Nr. 148-154).“*

### **Kolonie „Freies Land“:**

*„Durch die Unvernunft der damaligen Machthaber wurden während des Krieges ein Teil unserer jetzigen Anlage und der Heinerdorfer Wasserturm militärisch genutzt. So gab es auf diesem Gelände eine Artilleriestellung und andere militärische Anlagen. Durch die ganze Anlage führten Schützengräben. Es war selbstverständlich, dass die militärischen Einrichtungen von den späteren Siegern des Krieges gewaltsam bekämpft wurden. Dabei fielen eine ganze Menge von Granaten und anderes schreckliches Zeug auf das Gebiet unserer jetzigen Anlage.“*

### **Kolonie „Gesundheitsquell“:**

Sehr ausführlich ist in der Chronik der Kleingartenanlage die Zeit der Nazi Herrschaft wiedergegeben worden. Dieser Abschnitt soll daher in der Anlage 10 vollständig wiedergegeben werden.

## **Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Weißenseer Kleingartenkolonien**

In den Protokollbüchern und Chroniken von Weißenseer Kolonien findet man kaum etwas Niedergeschriebenes zu den Vorgängen, auf welche Weise sich Kleingärtner gegen die Machenschaften der Nazis zur Wehr gesetzt haben. Das ist allerdings bereits aus der Sicht verständlich, dass viel Druck und Angst seitens dieser Machthaber produziert wurde, um die Menschen von Aktionen gegen die Unrechts- und Terrorherrschaft abzuhalten (siehe dazu in Anlage 11 einen Ausschnitt aus einem Propagandamaterial, das damals an alle Haushalte verbreitet wurde).

In diesem Zusammenhang muss erwähnt werden, dass der Bezirk Weißensee vor der Nazierrschaft ein Bezirk mit vorwiegend linksgerichteten Wählern gewesen war. Bis 1933 war so das Bezirksamt Weißensee sozialdemokratisch regiert gewesen. Bürgermeister war der Sozialdemokrat Emil Pfannkuch.

Auch die KPD in Weißensee war von der Mitgliederzahl her stark. Sie hatte Unterbezirke, in denen auch die Kleingartenanlagen einbezogen waren. So z.B. gehörten zum Unterbezirk Stadtteil 11, Hamburger Platz, Lehder- und Gustav-Adolf-Straße, die Kolonien „Lehderstraße“ und „Hamburg“; zum Unterbezirk Stadtteil 111, Französisches Viertel, die Kleingartenanlagen „Feldschlösschen I“, „Prinzenhöhe“ und „Lindenhöhe“ und der Unterbezirk des Stadtteiles VI bestand ausschließlich aus dem Lauben- und Kleingartenviertel an der Hohenschönhauser- und Oderbruchstraße sowie Landsberger Allee.

Besonders die Kommunisten und die Rote Hilfe entfalteten auch in den Kleingartenkolonien beachtliche Aktivitäten im Widerstand. Den Faschisten gelang es nicht, die Unterbezirke der KPD nach der Machtergreifung völlig zu zerschlagen und die Verbindungen zur Zentrale zu kappen, obwohl es 1936 zu verstärkten Verhaftungen kam.

In diesem Zusammenhang ist auch der Arbeiter Willi Stern von der Kolonie „Kühler Grund“ verhaftet worden. Er wurde wegen der Zahlung von Mitgliederbeiträgen sowie der Verbreitung illegaler Schriften, Marken, Bilder und Münzen angeklagt. Er erhielt 4 Jahre Zuchthaus.

Auch eine Gruppe von Weißenseer Arbeitersportlern, die der „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit“ unterstand und vor 1933 ca. 200 Mitglieder hatte, vertrieb in den Kleingartenkolonien illegales Schriftenmaterial, wie Zeitungen und Flugblätter. 1935 wurde auch Mitgliedern dieser Organisation der Prozess gemacht.

Der Chronikausschnitt aus der Kolonie „Gesundheitsquell“ zeigt, dass der Widerstand gegen die Herrschaft der Nationalsozialisten vielseitig war. Er vollzog sich sowohl aktiv, von Kommunisten, Sozialdemokraten, Arbeitersportlern und Unorganisierten, als auch passiv von der Mehrheit der Kleingärtner durch die Ignoranz von Aufmärschen und Propagandaveranstaltungen der Nazis, dem

Fernbleiben von angesetzten Versammlungen und politischen und fachlichen Schulungen.

In der Chronik der Anlage „**Grüne** Wiese“ gibt es eine Notiz, die belegt, dass ältere Mitglieder bestätigten, wie Mitglieder der Anlage in der Nazizeit verhaftet wurden: „Einige Mitglieder, die im Rote Frontkämpferbund organisiert waren, trafen sich illegal mit Gleichgesinnten aus Leipzig und aus dem Ruhrgebiet in unserer Anlage. Davon zeugen Kartengrüße an Erich Horst (ehemals Parz. 114) von Teilnehmern, die eine „glückliche Heimkehr“ vermeldeten.“

Stützpunkt einer illegalen Gruppe

So wurde ein geheimer Keller als Aufenthalt für Illegale geschaffen, ein Waffen- und Sprengstoffdepot angelegt und eine illegale Druckerei eingerichtet. Im Frühjahr 1945 ist ein Aufruf an die Bevölkerung des Stadtbezirks gedruckt und verbreitet worden, der helfen sollte, den durch die Nazis geschürten Hass gegen die Sowjetunion anzubauen. Verfasser war Gerhard Sredzki (siehe dazu Anlage 12).

## Literaturnachweis

- Rundschreiben des „Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands“, Hauptvorstand, vom 6. Mai 1933
- Satzungen der Kolonien „Gesundheitsquell“ und „Familiengärten“
- „Deutschlands Kleingärtner im Dritten Reich“, herausgegeben vom „Förderverein Deutsches Kleingärtnermuseum Leipzig“, Leipzig 2002
- „Ein starkes Stück Berlin“, Verlag W. Wächter GmbH, Berlin 2001
- Aus Chroniken und Protokollbüchern der Weißenseer Vereine „Zur freien Stunde“, „Gesundheitsquell“, „Grüne Wiese“, „Dreieck Nord“ und „Freies Land“
- „Widerstand in Prenzlauer Berg und Weißensee“ von Hans-Rainer Sandvoß, Herausgeber: „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“, Berlin 2000

## Impressum

Herausgeber:

Bezirksverband der Kleingärtner Berlin-Weißensee e.V.

Arbeitsgruppe „Weißenseer Kleingärtnertradition“

Langhansstraße 97

13086 Berlin

Text:

Arbeitsgruppenmitglied Klaus Schenk

Druckvorlagengestaltung:

Arbeitsgruppenmitglied Manfred Fischer

Vervielfältigungen jeglicher Art sowie Einspeicherung in elektronischen Systemen nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Berlin im März 2004